

**Entschließungsantrag, eingereicht von der EUCDA,
angenommen durch den EVP-Kongress, Warschau, 29.–30. April 2009**

Europa: wirtschaftliche Erholung durch Wachstum soziale Stabilität

Der Schock, der die Finanzwelt im August 2007 erschütterte, als der überhitzte US-Hypothekenmarkt durch das Platzen der Immobilienblase aus den Fugen geriet, hat sich schnell und unberechenbar auf die Aktienmärkte in Europa und Asien ausgebreitet.

Dies führte zu massiven Schäden im tiefsten Inneren des weltweiten Finanzsystems und unerhörten Kapitalverlusten bei zahlreichen großen US-amerikanischen und europäischen Banken. All diese internationalen wirtschaftlichen und politischen Institutionen haben bezüglich ihrer Fähigkeiten, als Frühwarnsystem zu fungieren, komplett versagt, was das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den USA und in Europa bis in die Grundfesten erschüttert hat. Die Hauptverantwortung hierfür lastet auf den US-Überwachungs- und Regulierungsbehörden, doch das ist für jene, die ihre Altersabsicherung und Ersparnisse bei Aktien- und Rentenfonds verlieren, ein schwacher Trost.

Wir vermissen diesbezüglich ein klares Signal derer, die hierfür die Verantwortung tragen, aber weiterhin mit der extremen Fragilität der Märkte spekulieren und jede persönliche Verantwortung ablehnen. Selbst zuvor überdurchschnittliche Akteure wie die baltischen Staaten leiden massiv unter den Bedingungen, die sich aus dem sehr schnell abkühlenden Wirtschaftsklima ergeben, der Verdopplung der Zahl der Arbeitslosen und dem allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Das sind die Risiken, denen wir beim Thema „europäische Familie“ und sozialer Zusammenhalt gegenüberstehen.

Fast alle europäischen Länder, sowohl in Ost- als auch in Westeuropa, waren gezwungen, eine Reihe unpopulärer – individueller und auf EU-Ebene abgeprochener – Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Bankinstitute zu retten und den Kollaps ihres nationalen Finanzsystems zu verhindern. Hierzu zählen die Bereitstellung frischen Geldes für die schnelle Aufstockung des Kapitals angeschlagener Banken, Zinssenkungen, Garantien für Interbanken-Kredite, teilweise oder komplette Verstaatlichungen sowie die Erhöhung von Garantien für Bankeinlagen, die dazu dienen sollten, die Ängste der Verbraucher zu lindern. Dies war notwendig, da die Banken angesichts der breit gestreuten Kredit- und Liquiditätsrisiken und deren unklaren Auswirkungen zu zögern begannen, sich gegenseitig Geld zu leihen. Dementsprechend wird erwartet, dass die Kreditkonditionen auch in den kommenden Quartalen streng bleiben. Tatsache ist, dass hierdurch insbesondere KMUs mit geringer Eigenkapitaldecke in ihrer Existenz bedroht sind, was wiederum zu neuen Schäden und Unsicherheiten auf dem Markt führt und Tausende Arbeitsplätze gefährdet.

Die Europäische Union bietet 480 Millionen Bürgerinnen und Bürgern eine lebenswerte Perspektive. Die Freiheiten des Binnenmarktes haben entscheidend dazu beigetragen, dass Europa heute ein Beispiel politischer Stabilität, sozialer Mindeststandards und wirtschaftlichen Wohlstands ist. Das Haus Europa steht auf soliden Fundamenten, die durch die verfassungsmäßige Ordnung der einzelnen Mitgliedstaaten garantiert werden. Mit der Schaffung des Binnenmarktes wurde ungenutztes Innovationspotenzial nutzbar gemacht, und er hat entscheidend dazu beigetragen, die Qualität von Arbeit in Europa nicht billiger, sondern besser zu machen. Dies alles darf nicht in Gefahr gebracht werden! Angesichts der Schiefelage der europäischen Banken und

der Kapitalknappheit am Markt wurde das Verhalten der Europäischen Zentralbank vom ersten Anzeichen der Krise an stets genau beobachtet. Wenn wir die gleichberechtigte Zusammenarbeit auf der Basis der Solidarität der Menschen untereinander und der Zuverlässigkeit des Euro wahren wollen, müssen wir sie in unserem eigenen Interesse stärken. Es ist daher wichtig, dass die Möglichkeiten der EU als rechtlichem Rahmenwerk zur Meisterung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ausgeschöpft werden!

Politische Verantwortung heißt für uns, dass das Gefühl persönlicher Verantwortung, Respekt für den Anderen und die Forderung nach einer nachhaltigen Form des Wirtschaftens sich gegenseitig ergänzen. Die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts haben uns gelehrt, dass eine Demokratie ohne solide Grundwerte nicht von Dauer sein kann. Wir kritisieren daher kurzfristige Bonuszahlungen für das Management. Wenn es Haftpflichtversicherungen zur Absicherung des Fehlverhaltens von Managern gibt, müssen diese auch in der Lage sein, auf ihr Privatvermögen zuzugreifen. Wer jede Mäßigung und den Mittelweg aus dem Blick verliert, darf nicht auf Kosten des Steuerzahlers rehabilitiert werden.

Wir mahnen die europäischen Regierungen, die Zukunft der kommenden Generationen nicht unter unkalkulierbaren Beteiligungsrisiken und Schulden zu begraben. Anderenfalls gefährden sie den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaften, auf die wir zu Recht stolz sind. Diejenigen, die besonders unter all dem leiden, sind vor allem ältere Menschen, junge Leute, Behinderte, sozial ausgegrenzte Menschen und Langzeitarbeitslose, die als erste darunter leiden, wenn der Gürtel enger geschnallt wird und Fördermaßnahmen verschoben werden. Wer sich für die Rettung großer Industrien ausspricht und freizügig große Unternehmen unterstützt, die infolge riskanter Übernahmen bedroht sind, muss realisieren, dass verbesserte Rahmenbedingungen für KMUs wichtiger sind.

Wir befürworten ein Europäisches Sozialmodell. Das Projekt Europa kann nur erfolgreich sein, wenn diejenigen, die in der Verantwortung stehen, sich auch der sozialen Dimensionen ihres Handelns und ihrer Entscheidungen bewusst werden. Die Globalisierung und die Finanzkrise zeigen einmal mehr, dass die EU das angemessene Instrument ist, einen internationalen Regulierungsrahmen für die Soziale Marktwirtschaft zu schaffen. Finanztransfers alleine reichen nicht, eine Politik der Solidarität zu ermöglichen und zu realisieren. Menschliches Mitgefühl, Nächstenliebe und Solidarität sind nicht käuflich. Sie kennen keinen Preis und können nicht durch Gesetze oder Verordnungen erzwungen werden, sondern müssen gelebt werden.

Wir akzeptieren, dass Europa nicht all seinen Bürgerinnen und Bürgern gleiche Ergebnisse garantieren kann, aber es kann sich dafür einsetzen, so vielen Menschen wie möglich die gleichen Möglichkeiten zu geben, Zugang zu den Ressourcen, Bedingungen und Kenntnissen zu bekommen, die sie benötigen. Wir vermissen daher ein Signal, dass das soziale Europa beim Einigungsprozess wirklich als Standortvorteil gesehen wird und als etwas, das im Interesse seiner Bürger ist. Die Menschen müssen in der Lage sein, sich innerhalb ihrer persönlichen Grenzen und denen der Gesellschaft frei zu entwickeln. Lebensqualität ist etwas, das jeder Mensch für sich selbst beurteilen muss – ein höchst individuelles und komplexes Thema. Das Ziel des europäischen Sozialmodells lautet, diese Qualität zu garantieren. Wir fordern daher:

1. mehr Verständnis für die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger, die jetzt mit notwendigen Reformen enormen Ausmaßes konfrontiert werden. Das Ziel, dass Europa sich zu einem der wettbewerbsstärksten und dynamischsten Wirtschaftsräume der Welt entwickeln soll, ist keine Drohung, sondern ein Versprechen, persönliche soziale Sicherheit zu gewährleisten.
2. dass nur solche Unternehmen Hilfe bekommen, die wirklich von der Krise betroffen sind, und nicht solche, die jahrelanges Missmanagement durch staatliche Hilfen kompensieren wollen. Auch die Rechte der Sozialpartner müssen berücksichtigt werden, wenn der Staat einschreitet, um ein Unternehmen zu retten.
3. dass die europäischen Instrumente für die Sicherung von Arbeitsplätzen schnell und vor allem unbürokratisch eingesetzt werden, damit sie den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern direkt zur Verfügung stehen.
4. mehr Respekt vonseiten der Gesellschaft für die Familie, die direkt von der gegenwärtigen Krise betroffen ist und ihren Verpflichtungen möglicherweise nur teilweise oder gar nicht nachkommen kann. Wir sehen die Familie als Ort der Sozialisation, der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, der Förderung verantwortungsvollen Verhaltens und der Vermittlung von Werten und Prinzipien; ihrem Schutz kommt daher größte Bedeutung zu.
5. mehr Verständnis für die internationalen Rahmenbedingungen. Der Rückgang der Exporte auf den Weltmarkt bedroht Arbeitsplätze. Vor dieser Situation stehen nicht nur die Industriestaaten, sondern auch die Entwicklungsländer, die von der Krise sehr viel stärker getroffen werden. Es ist daher unbedingt notwendig, dass beim Wiederaufbau der internationalen Finanzarchitektur Transparenz und Verantwortlichkeit die Grundpfeiler bilden.
6. das Wiederaufkeimen protektionistischer und antieuropäischer Gefühle und Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene als inakzeptabel und nicht mit dem Gedanken des freien Handels vereinbar abzulehnen.
7. zu verhindern, dass die Staatsschulden die westlichen Demokratien bedrohen, indem sie die Sozialbudgets auszehren, damit die erforderlichen Einsparungen in den nationalen Haushalten erreicht werden. Zukünftige Generationen müssen das zurückzahlen, was wir gegenwärtig verbrauchen, um unsere Wirtschaften am Laufen zu halten. Wir müssen uns stets die Grundprinzipien einer sozialen Marktwirtschaft vor Augen führen, deren Eckpfeiler heißen: effiziente Marktwirtschaft, soziale Gerechtigkeit, persönliche Freiheit, Förderung sozialer Verantwortung, wirtschaftliche Kompetenz und internationaler interkultureller Dialog. Die Haltung der Sozialisten, „mit offenen Händen auszuteilen“, wird uns in eine Sackgasse und zu Protektionismus und Konkurrenz unter den Europäern führen. Was wir heute brauchen, ist politische Führung und Koordination auf EU-Ebene. Unser wirtschaftliches und soziales Wohlergehen sind hiervon abhängig.